



**Dr. Manuela Rottmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Manuela Rottmann, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
pax christi – Diözesanverband Würzburg  
Frau Diözesanvorsitzende  
Martina Reinwald  
Dr.-Bolza-Ring 1

**97299 Würzburg**

Berlin, 24.03.2021

**Dr. Manuela Rottmann MdB**  
Bündnis 90/Die Grünen  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227 74140  
Fax: +49 30 227 70140  
manuela.rottmann@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Hammelburg**  
Kissinger Str. 7  
97762 Hammelburg  
Telefon: +49 9732 8752186  
manuela.rottmann.wk@bundestag.de

**Ihr Schreiben vom 9. März 2021**

Sehr geehrte Frau Reinwald,

vielen Dank für Ihr Schreiben.

Wir teilen Ihre Sorge um die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und Ihr Anliegen, ein friedliches Bewusstsein zu fördern. Deutschland exportiert trotz zunehmend eskalierender Sicherheitslage in vielen Regionen weiterhin Rüstungsgüter an Kriegs- und Krisenregionen sowie an Staaten, die systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen. Ausgerechnet Ägypten und die Emirate gehören zu den größten Importeuren deutscher Waffen. Dies widerspricht eindeutig der von der Bundesregierung angestrebten restriktiven Genehmigungspraxis.

Wir von der grünen Bundestagsfraktion stehen für Frieden, Abrüstung, kooperative Sicherheit und eine Kultur der militärischen Zurückhaltung. Jede Anwendung von Gewalt ist ein Zeichen dafür, dass friedliche Streitbeilegung versagt hat. Wir setzen deshalb in erster Linie auf die Eindämmung der Konfliktursachen sowie den Primat friedlicher Streitbeilegung und Friedensförderung. Wir fordern, die zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik zu stellen. Zu begrüßen wäre hierfür die Aufstockung des Personals und Budgets auf EU-Ebene statt des Europäischen Verteidigungsfonds in seiner jetzigen Form. Waffen dürfen zudem nicht in Krisengebiete geliefert



werden. Da sich die Bundesregierung nicht an ihre Rüstungsexportrichtlinie hält und der Waffenexport in Staaten außerhalb der EU und NATO inzwischen die Regel ist, verlangt die grüne Bundestagsfraktion schon seit längerem ein verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz. Wir verlangen für die Schaffung von mehr Transparenz und für eine effektive Kontrolle, dass die Entscheidungskriterien der Politischen Grundsätze der Bundesregierung, wie etwa die Achtung von Menschenrechten, für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowohl im Außenwirtschaftsgesetz (AWG) als auch im Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) verankert werden. Unsere Fraktion fordert außerdem die gesetzliche Normierung des Umfangs der Berichtspflichten der Bundesregierung. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass eine außen- und sicherheitspolitische Begründung für die Genehmigung von Kriegswaffen in Drittstaaten gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit stattfindet. Ferner soll das Bundeskabinett anstelle des Bundessicherheitsrates über Kriegswaffen entscheiden. Auch die Verlagerung der Federführung vom Wirtschaftsministerium an das Auswärtige Amt ist sinnvoll, um wirtschaftliche Interessen zurückzustellen und wir fordern die Bundesregierung dazu auf, ihrer Ankündigung des Koalitionsvertrages nachzukommen, endgültig keine Kleinwaffen mehr in Drittstaaten zu exportieren sowie die Rüstungsexportrichtlinie zu schärfen. Die Zollregelungen müssen so angepasst werden, dass künftig nicht nur bei Kriegswaffen, sondern bei allen Arten von Rüstungsexporten die Ausfuhr erfasst und in den Rüstungsexportbericht aufgenommen werden kann. Außerdem fordern wir das Verbot von Lizenzvergaben zur Waffenproduktion in Drittstaaten sowie das Verbot, Steuergelder für die Absicherung von Rüstungs- und Kriegswaffenexporten (Hermesbürgschaften) bereitzustellen.

Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich zudem für die Einführung eines Verbandsklagerechts ein, das es Nichtregierungsorganisationen erlaubt, erteilte



Genehmigungen künftig vor Verwaltungsgerichten auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. (Zu unserem Antrag auf ein Rüstungsexportkontrollgesetz: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/018/1901849.pdf>)

Darüber hinaus erachten wir eine Einigung auf eine gemeinsame Exportkontrolle im Sinne des gemeinsamen Standpunktes der EU bei der Zusammenarbeit von Rüstungsprojekten als notwendig. Für künftige europäische Projekte muss die Bundesregierung sich gegenüber unseren europäischen Partnern glaubhaft und nachdrücklich für die Einhaltung des Gemeinsamen Europäischen Standpunktes einsetzen.

Ich hoffe, mit diesem Schreiben unseren Standpunkt in dieser Sache Ihnen verdeutlicht zu haben, und wünsche Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

*Janine Robnan*